

Aus der Sozialdemokratie.

„Gegen Parteizerrüttung.“

Zu der bekannten Erklärung des Parteivorstandes und des Fraktionsvorstandes: „Gegen Parteizerrüttung“ bemerkt in der Nummer vom 16. Juli die Elberfelder Freie Presse:

„Was uns veranlaßt, dieser und ähnlichen Kundgebungen mit einigermaßen gemischten Gefühlen gegenüberzutreten, ist die Methode der „Linkshändigkeit“, die neuerdings in der offiziellen Parteipolemik zu merken ist. Gewiß, man hat in Berlin nicht ganz gegen rechts zu schreiben verlernt, aber man stellt diese Tätigkeit unseres Erachtens heute doch etwas allzusehr unter den Scheffel. Nachdem die Kundgebung „Gegen Parteizerrüttung“ herausgekommen, es ist stark vierzehn Tage her, wehrte der Vorwärts einige ihrer Angriffe auf die äußerste Linke ab und wies den Parteivorstand auf Äußerungen von Mitgliedern der Rechten in der Partei hin, die alle Merkmale der Parteizerrüttung tragen. Dann erst, in einer Polemik gegen den Vorwärts, sagte der Parteivorstand das Selbstverständliche, daß sein Aufruf sich gegen jeden richte, der mit der Parteispaltung drohe. Das war aus dem Aufruf „Gegen Parteizerrüttung“, der eine bestimmte Oppositionskundgebung von links unter die Lupe nahm, nicht ohne weiteres zu folgern, soll aber nun festgehalten werden.

Wir sind auch gegen jede Parteizersplitterung und suchen das jeden Tag durch unser Verhalten zu beweisen. Kein schlimmeres Vergehen an der Arbeiterbewegung, als jetzt auf „besondere Aktionszentren“ der eigenen Meinung hinzuwirken, um mit den Worten des Grundstein zu reden. Wir verurteilen solche Treibereien, wo wir sie finden, rechts oder links — wenn man für individualistische Bestrebungen die gute, ehrliche Bezeichnung „links“ anwenden will. Aber wir urteilen nach dem Kern der Dinge, nicht nach ihren Äußerlichkeiten. Wenn man sich bemüht, die Dinge in diesem Sinne objektiv zu betrachten, dann findet man, daß es besser ist, genau umgekehrt zu verfahren als jetzt: nämlich öfter und jedenfalls zuerst nach rechts zu mahnen und zu verdammen, als nach links. Der sozialdemokratischen Einheit würde damit mehr als mit der heutigen Methode gedient.“

Der Gewerkschaftsführer Legien über die Quertreiber.

Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Reichstagsabgeordneter Legien, äußerte sich im Rahmen einer Rede, die er in Frankfurt a. M. hielt, auch über den Streit in der Sozialdemokratie. Er betonte dabei vorweg, daß er als Sekretär der internationalen Gewerkschaftsorganisation wohl gegen den Vorwurf gefeit sei, chauvinistisch angefränktelt zu sein. Er müsse sich aber dennoch gegen den kleinen Teil deutscher Sozialdemokraten wenden, der ein einheitliches Vorgehen der Partei außerordentlich erschwere, und der hauptsächlich aus Leuten bestehe, die ihren Leib rechtzeitig in der Schweiz in Sicherheit gebracht hätten. Für das Deutsche Reich sei es doch wirklich nicht gleichgültig, ob es in Zukunft als Grenze den Rhein im Westen und die Weichsel im Osten habe.

Von einem ungünstigen Ausgang des Krieges würde die Arbeiterschaft in Deutschland am stärksten betroffen, da sie sich eine Arbeiterkultur geschaffen habe, wie man sie in keinem andern Lande finden könne. Deshalb müsse die deutsche Sozialdemokratie wie vor dem Krieg so auch künftig wieder die eigentliche Trägerin der ganzen internationalen Arbeiterbewegung sein. Das Klassenbewußtsein habe die Sozialdemokratie nicht preisgegeben, weil sie vaterländisch gesinnt sei und weil sie Kriegskredite bewilligt habe, die übrigens vorher von den französischen Sozialisten angenommen worden seien.

Gewiß wäre es ein Verbrechen, wenn die Sozialdemokratie nicht mithelfen wollte, den Frieden so bald als möglich herbeizuführen, aber das könnte sie nicht gegen den Willen der Feinde Deutschlands, die trotz aller Ausichtslosigkeit ihrer Lage und der Unmöglichkeit, Deutschland militärisch oder wirtschaftlich niederzuzwingen, auf nichts eingehen wollten. Schließlich sei es falsch, der Generalkommission der Gewerkschaften und der Parteileitung vorzuwerfen, sie treibe nur eine Eingabepolitik, sie schwämme ganz im Fahrwasser der Regierung usw. Beide hätten im Gegenteil alles getan, um die geeigneten kriegssozialistischen Maßnahmen innerhalb der bürgerlichen Staatsordnung herbeizuführen. Das sei freilich nicht so einfach. Die Opposition aber, die in der Schweiz ihren Sitz habe, biete dem Volk Steine statt Brot.

Eine Erklärung des internationalen sozialistischen Büros.

Im Zentralorgan der holländischen Sozialdemokratie Het Volk veröffentlicht das Internationale sozialistische Büro, das gegenwärtig seinen Sitz im Haag hat, eine Erklärung, die sich gegen eine Stelle des vom deutschen Parteivorstande am 23. Juni verfaßten Manifestes „Sozialdemokratie und Frieden“ richtet. Aus diesem Manifest, sagt die Erklärung, könne man den Schluß ziehen, als ob auch die belgische Partei sich geweigert habe, an einer außerordentlichen Sitzung des Exekutivkomitees des I. S. V. teilzunehmen, in der untersucht werden sollte, ob eine Gesamtsitzung mit der Tagesordnung „Einleitung einer Friedensaktion“ möglich wäre. Das Gegenteil sei wahr! Die in Belgien verbliebenen Mitglieder des allgemeinen belgischen Parteivorstandes hätten, trotzdem zurzeit in Belgien keinerlei politische Zusammenkunft möglich sei, und somit eine Befragung der Parteigenossen undurchführbar war, nicht nur ihr Einverständnis mit einer solchen Sitzung des Büros erklärt, sondern auch ganz bestimmte, dahingehende Anfragen nach dem Haag gerichtet.

Die Berner Tagwacht bemerkt dazu: „Diese Erklärung richtet sich somit nicht nur gegen den deutschen Parteivorstand, sondern auch gegen den Genossen Vandervelde, der erklärt hat, daß, so lange auch nur ein deutscher Soldat auf belgischem und französischem Boden stehe, von einer Friedensaktion keine Rede sein kann.“